

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsrede Kreistag 2024

Sperrfrist bis zur Sitzung am 11. Dezember, es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Pauli, sehr geehrte Damen und Herrn der Verwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags und natürlich auch alle anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer.

Auch am Ende des Jubiläumjahres ist es wieder soweit die Weichen für das nächste Jahr zu stellen.

Bevor wir uns als Fraktion Bündnis 90/die Grünen näher mit dem Haushalt beschäftigen erlauben Sie mir bitte ein paar allgemeine Anmerkungen.

Was kommt im nächsten Jahr auf uns zu, bzw. was ist immer noch da?

Corona und Ukrainekrieg sind ja leider schon fast alltäglich. Auch der Konflikt im nahen Osten zwischen Israelis und Palästinensern wirft negative Schatten auf uns. Dazu kommen noch die wirtschaftliche Veränderung bedingt durch die geänderte Zinspolitik und große Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung. Wir werden also wieder in ein Jahr starten, das uns vor neue Hausforderungen gesellschaftlicher und finanzieller Art stellt.

2024 stehen außerdem noch die Kommunalwahlen für die Ortschafts- und Gemeinderäte, sowie die Kreistagswahl und die Wahlen zum Europäischen Parlament an.

Ich möchte hier keine Wahlwerbung speziell für unsere Partei betreiben, aber mir ist es schon wichtig dafür zu werben, dass sich genügend Menschen, Männer und vor allem auch Frauen dazu bereit erklären für die nächsten 5 Jahre ein politisches Amt zu übernehmen, oder wenn dies nicht möglich ist wenigstens am Wahltag zur Stimmabgabe zu gehen. Vor kurzem habe ich folgenden Hinweis gelesen „Wenn Du dich nicht um mich kümmerst, werde ich dich verlassen.“ Es ging dabei nicht um einen Konflikt in einer Paarbeziehung. Die Unterschrift unter dieser Aussage war „Deine Demokratie“. Wollen wir sie wirklich aufgeben aus Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit? Ist uns diese, unsere Staatsform wirklich bald nichts mehr wert?

Werden unsere Werte des Grundgesetzes zur freien Disposition gestellt und sucht sich jeder in Zukunft nur noch das zusammen, was ihm und seinen Interessen gerade nützt? Sicher ist auch die Staatsform der Demokratie nicht 100% perfekt, aber im Vergleich mit autokratischen und diktatorischen Regierungsformen noch 100 mal besser. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass uns dieser Schatz, die Demokratie, für unsere Region und unser Land erhalten bleibt.

-2-

Erschüttern muss einen die Selbstsüchtigkeit und Gleichgültigkeit, die sich inzwischen auch in unserem Landkreis immer mehr breit macht. Anstand und Respekt, das wird nur noch im Bezug auf die eigene Person gefordert. Ordnungskräfte, Menschen, die im Rettungsdienst sind, ja sogar der Landrat als gewählter Vertreter des Landkreises sehen sich Attacken

und verbalen Angriffen ausgesetzt. Solche Aktionen haben nichts mehr mit demokratischen Umgangsformen und demokratischer Streitkultur zu tun. Wenn nur noch das „Ich“ und das „Meins“ und danach lange nichts mehr zählt, dann ist dies einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft alles andere als zuträglich.

Natürlich gibt es viele Menschen die dieses Verhalten auch nicht in Ordnung finden, aber sie schweigen, während andere laut schreien und hetzen.

Wenn wir uns nicht um unsere Staatsform kümmern, wird sie uns verlassen unsere Demokratie.

Ich glaube, diesen Ausführungen können meine Kolleginnen und Kollegen auch über Parteigrenzen hinweg zustimmen.

Was nun die direkt noch anstehenden Entscheidungen des aktuellen Kreistagsgremiums betrifft, so ist dies die Zustimmung zur Schaffung für zusätzlichen Wohnraum für geflüchtete Menschen, die von der großen Mehrheit des Gremiums mitgetragen wurde und mitgetragen wird.

Die Klinikstrukturreform und ein klarer Kreistagsbaubeschluss zum Thema Zentralklinikum stehen noch aus und sollten möglichst zügig abgearbeitet werden. Nach einer umfangreichen Vorplanung müsste es jetzt den Vertreterinnen und Vertretern des Gremiums möglich sein, eine Entscheidung über das Krankenhauswesen im Zollernalbkreis zu treffen. Eine klare Aussage hierzu ist jetzt dringend notwendig, da Unsicherheit und Ungewissheit keine gute Grundlage für eine Weiterentwicklung des Krankenhauswesens darstellen und das Vertrauen der Bürgerschaft schwächen. Der immer stärker steigende Abmangel in diesem Bereich macht es notwendig die richtigen Weichenstellungen zu treffen. Gleichzeitig steht hier das Bekenntnis des Landkreises und des Kreistages zu einem Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft. Gerade in einer Zeit, wo der Wandel und die Veränderungen im Krankenhauswesen rasch voranschreiten sollten wir wissen, wohin uns unser Weg führen wird.

Auch halte ich es für unlauter, diese Grundsatzentscheidung dem neuen Kreistagsgremium zu hinterlassen und sich aus der Verantwortung zu stellen.

Nicht nur in der alleinigen Verantwortung des Kreises steht das nächste Großprojekt, die Realisierung der Regiostadtbahn auf der Zollernalbbahn, die einen besseren schienentechnischen Anschluss des Landkreises in Richtung der Landeshauptstadt ermöglichen wird. Sie ist zentral für die gesellschaftliche

und wirtschaftliche Entwicklung unseres ländlichen Raumes. Dass etwas gehen bzw. fahren kann zeigt sich bei der Talgangbahn einem Zollernalbkreisprojekt mit der Stadt Albstadt.

Hier ist positiv zu vermerken, dass die Zusage des Landes auf dauerhafte Übernahme der Betriebskosten einen Standardverkehr sicherstellt. Auch die Machbarkeitsstudien über die Reaktivierung anderer Strecken im Kreis, stimmen zuversichtlich. Unverständlich war für uns die Ablehnung aus dem Landkreis Rottweil, als es um die Herstellung des Lückenschlusses Balingen – Rottweil ging. Wenn hier leider keine Einigung möglich ist, sollten wir wenigstens versuchen, eine stabile Verbindung mit dem Regiobus sicherzustellen.

Dass im neuen Amt für Straßen- und Radwegebau nicht alle Stellen besetzt werden konnten, schränkt in diesem Bereich die Arbeitsfähigkeit natürlich ein. Wir hoffen auf bessere Zeiten und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aus dem aktuellen Radwegekonzept. Manchmal überholt einen die Planung und Umsetzung bestimmter Radwege. So wurde im November nach einer Bauzeit von rund zweieinhalb Monaten der Radweg zwischen Dotternhausen und Balingen - Erzingen vom Regierungspräsidenten übergeben. Das ist jetzt nicht ganz verständlich, denn auf der anderen Straßenseite gibt es bereits eine gut ausgebaute Radwegverbindung. Während hier jetzt der Radfahrer sich entscheiden muss, rechts oder links an der Straße auf dem Radweg entlang zu radeln, stehen zum Beispiel im Bereich der Saline bei Haigerloch-Stetten und der Stunzachbrücke auf der B 463 die Radfahrer seit über 10 Jahren nicht vor dieser Entscheidung. Hier fehlt der notwendige Lückenschluss. Denn an dieser verkehrstechnisch gefährlichen Stelle mit über 14 000 Fahrzeugen am Tag, vor allen Schwerlastverkehr und einer Werksdurchfahrt durch das Salzbergwerk, sind Radfahrer nach wie vor großen Gefahren ausgesetzt, da ein Radweg fehlt.

Also unsere Bitte an das Regierungspräsidium: Radwege ja bitte, aber dann dort, wo diese seit Jahren notwendig sind um die Gefahren für den Radverkehr herabzusetzen.

Positiv wäre zu vermerken, dass sich im Bereich des beruflichen Schulwesens die Gebäudeerweiterungen bzw. Neubauten sinnvoll und gut auch im Hinblick auf Materialauswahl und Bauweise entwickeln. Im Bereich der Schulart SBBZ Förderschwerpunkt geistige Entwicklung hat der Landkreis die bauträgerschaftliche Verantwortung als Schulträger für die Rossentalschule und die Weiherschule Hechingen. Hier sehen wir die Notwendigkeit, für die dringend notwendigen räumlichen Erweiterungen aufgrund der steigenden

Schülerzahlen zu sorgen. Vorausschauend am Ball bleiben, das zeichnet die Landkreisverwaltung im Bezug auf das kreiseigene Schulwesen aus. Wir würden uns über ein „Weiter so“ freuen. Das brauchen jetzt auch die angesprochenen SBBZ.

Auch die Bemühungen des Forstamtes kommunale und private Waldbesitzer darin zu unterstützen, die Wälder im Zollernalbkreis klimatolerant, resilient und damit zukunftsfähig zu erhalten, werden von uns begrüßt. Wir hoffen, dass sich die oft noch vorherrschende Einstellung gegenüber dem Wald als reiner Ertragserbringer oder sogar als Kostenverursacher dahin verändert, den Wald vor allem als Erholungs- und Sauerstoffspender zu sehen und in seiner gesamtökologischen Wichtigkeit wahrzunehmen. Waldbiotope und Biotopverbünde sind heute im Bezug auf den Klimawandel wichtiger denn je. Naturschutz hat sich nicht den kurzfristigen finanziellen Interessen unterzuordnen, sondern muss als gleichberechtigter Interessenfaktor wahrgenommen werden. Wald hat gerade in der heutigen Zeit des Klimawandels eine wichtige Funktion als Schutzhangwald und als Wasserspeicher. Wald war und ist schon immer ein auf Generationen angelegter Naturbereich. Was wir heute falsch machen oder unterlassen, bestimmt die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Genauso generationenübergreifend ist eine gelingende Energiewende. Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen sollten nicht nur als das Landschaftsbild störend betrachtet werden. Hier muss die Landkreisverwaltung das ihre tun, um diese Prozesse zu fördern und zu beschleunigen. Wir als Fraktion Bündnis 90/die Grünen sehen die Beschlüsse des Regionalverbandes und einiger Städte und Gemeinden im Zollernalbkreis als sehr positiv, wenn es darum geht Qualitätskriterien für die Erstellung solcher Anlagen festzulegen. Bürgerenergiegenossenschaften, die in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und Naturschutz auch noch eine regionale Wertschöpfung erbringen, sind hier sicher der richtige Weg.

Zu Beginn dieses Jahres trat die von der EU verabschiedete „Gemeinsame Agrarpolitik“ in Kraft. Der eigentlich positive Leitgedanke ist, dass Landwirte ermutigt werden sollen hohe EU Standards für die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen, Tieren und Natur einzuhalten. Dies wird wahrscheinlich im Dschungel einer immer größeren Bürokratie verschwinden. Für den Zollernalbkreis wäre es uns wichtig, aus den 10 GAP Zielen die Ziele

- Erhaltung von Landwirtschaft und Biodiversität,
- Unterstützung des Generationenwandels
- und vor allem Nahrungssicherheit auszuwählen.

Dabei dürfen wir die Vernichtung von gutem Ackerland, wie zum Beispiel am Waldhof und auch die fortschreitende Flächenversiegelung in anderen Bereichen nicht einfach hinnehmen, sondern müssen aktiv dagegen arbeiten.

Bereits in der letztjährigen Haushaltsrede habe ich mich zum Thema Hochwasserschutz geäußert. Hochwasserschutz ist sinnvoll, notwendig und kostensparend. Dies wurde uns schon kurz nach der Eröffnung der Gartenschau in Balingen bei einem Starkregenereignis deutlich vor Augen geführt. Wir waren alle froh, dass hier die ergriffenen Maßnahmen, die Bewährungsprobe bestanden haben. Aber die Eyach endet nun mal nicht in Balingen, sondern fließt weiter durch den Zollernalbkreis und dort sind die Gemeinden weiterhin von den Wassermassen bedroht und warten seit Jahren auf die Umsetzung eines effektiven Hochwasserschutzes.

Unsere Kreisimmobilien sind mit die größten CO₂ Emissionsquellen in der Verantwortlichkeit des Landkreises. Dort, wo sich eine kommunale Wärmeleitplanung in den Städten wie Albstadt und Balingen entwickelt sollten wir uns mit unseren Immobilien in diese zentralen Wärmenetze einklinken.

Bei eher dezentralen Lagen ist der Umstieg auf leistungsfähige Wärmepumpen vorzuziehen. Hierbei ist auch auf den Einsatz von natürlichen Kältemitteln zu achten. Auch alternative Formen der Wärmegewinnung, wie zum Beispiel die Geothermie oder Abwässer, sollten nicht außer Acht gelassen werden.

Bereits in der Vergangenheit haben wir uns dazu bekannt, Gebäude nicht mehr abzureißen. Dies sind wir der Zukunft schuldig. Mit jedem Abriss geht ein Stück gewachsene Identität verloren. Vielmehr ist es uns wichtig, bestehende Gebäude energetisch so zu ertüchtigen, dass ein Mehrwert durch die Einsparung bei den Betriebskosten entsteht. Auch wenn kurzfristig Mehrkosten entstehen, rechnet es sich auf längere Zeit. Als unverzichtbar angesehene Neubauten müssen einen hohen Effizienzstandard erreichen und mit nachwachsenden Rohstoffen, bzw. einem hohen Recycling errichtet werden. Der Neubau in der Straßenmeisterei in Lautlingen ist dafür ein sehr gutes Beispiel für die ganze Region. Für uns wird deutlich erkennbar, dass das zuständige Dezernat auf einem guten Weg ist.

Die Landkreisverwaltung hat mit der Bestückung der Dachflächen von Kreisgebäuden durch Photovoltaikanlagen schon längere Zeit eine Vorreiterrolle übernommen. Damit dies in Zeiten knapper werdender Finanzmittel nicht zurückgeht, schlagen wir vor, die nicht selbst zur Energiegewinnung genützten Dachflächen zu vermieten. So bliebe die Wertschöpfung in der Region.

Auch wenn wir nach wie vor in der Abfallbilanz einen der vorderen Plätze einnehmen, sollten wir weiterhin konsequent daran arbeiten, hier nach Möglichkeiten einer Aufarbeitung von sogenannten Abfallprodukten zu suchen.

Das Bauprojekt der Straßenmeisterei in Lautlingen zeigt, dass es viele Lösungsmöglichkeiten der Abfallvermeidung bzw. der Wieder- und Weiterverwendung von Abfallstoffen gibt. Selbstverständlich stehen wir auch in der Pflicht einer sicheren Abfallverbrennung bzw. Deponierung, diese ist aber erst die allerletzte Stelle in der Abfallhierarchie. Verwertung als sogenannte Ersatzbrennstoffe ist oft eine Mogelpackung, die einmal hergestellten Rohstoffe gehen unwiederbringlich verloren. Bei dieser Art der Müllverbrennung wird ein falsches Etikett aufgeklebt und es werden strengere Abgaswerte umgangen. Wenn Unternehmen Ersatzbrennstoffe in ihrem Produktionsprozess einsetzen müssen diese auch die neuesten Luftfiltertechniken einbauen um die Grenzwerte von Müllverbrennungsanlagen zu erreichen bzw. zu unterbieten. Wir als Kreistag können uns der Verantwortung für die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger nicht entziehen. Wir fordern die Verwaltung auf sich in diesem Bereich bei der übergeordneten Behörde dem Regierungspräsidium dafür einzusetzen dies in den entsprechenden Genehmigungsverfahren festzusetzen.

Immer wichtiger muss in Zukunft der weitere Ausbau digitaler Dienste für die Bürgerinnen und Bürger werden.

Zum Thema Digitalisierung ist zu sagen, dass es hier nicht sein darf, einfach Papier durch eine digitale Ablage zu ersetzen. Digitalisierungsstrategien müssen sich in veränderten Organisationsstrukturen widerspiegeln, um Arbeitsabläufe zu digitalisieren und bürgerfreundlich zu werden. So kann eine Effizienzsteigerung und eine Arbeitsentlastung beim Personal erreicht werden. Digital soll es in Zukunft auch bei den Bezahlssystemen in unserem ÖPNV zugehen. In einem Flächenlandkreis wie dem Zollernalbkreis ist eine gute Busanbindung auch kleiner Ortsteile an öffentliche Einrichtungen notwendig.

Elektrisch geht! Auf der Gartenschau konnte man im Pendelverkehr vom Parkplatz bis zum Haupteingang mit einem Bus der neusten Generation die Strecke zurücklegen. Sicherlich ist es noch ein längerer Weg bis sich alle unsere Busse auf diese Art und Weise und vor allem CO₂-frei bewegen, aber wenn wir nicht damit beginnen diesen Weg zu gehen, kommen wir auch nicht an. Die Gesetzgebung gibt ja schon konkrete Hinweise dazu. Der ÖPNV ist für viele Menschen im Zollernalbkreis ein notwendiges Transportmittel. Vor allem in der Schülerbeförderung. Die Probleme und Defizite, die sich nach der Neuvergabe der Linienbündel in manchen Bereichen und auf manchen Strecken ergaben, sollten sich in der Zukunft nicht mehr wiederholen.

Es gäbe noch viel zu sagen, denn der diesjährige Haushaltsplanentwurf ist nicht nur der dickste, sondern auch der finanztechnisch größte.

Mit 20 neuen Stellen trat die Verwaltung an und lag damit über dem im letzten Jahr für 23/ 24 beschlossenen Stellendeckel.

Fast alle Fraktionen lehnten dies ab, waren aber bereit den 10 zusätzlichen Stellen, die sich aus der Flüchtlingsunterbringungsproblematik ergaben, zuzustimmen. Wir als Fraktion werden uns bei dringenden Stellenmehrungen einer unterjährigen Erhöhung nicht verweigern, möchten aber dem ab Sommer neugewählten Kreistagsgremium folgende Überlegung mit auf den Weg geben: Wäre es nicht sinnvoller die Ausgaben für die Personalstellen zu begrenzen anstatt es an der Stellenzahl festzumachen und diese Begrenzung mit einer Anhebungsautomatik je nach Tarifabschlüssen zu versehen. Dies würde unserer Ansicht nach die Flexibilität der Verwaltung in einem planbaren Rahmen erhöhen und das dauernde Verhandeln um zusätzliche Stellen überflüssig machen.

Was diesen Haushaltsplanentwurf wirklich brisant macht, ist die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage um 5 Prozentpunkte. Die Gründe hierfür finden sich in den stark gestiegenen Sozialausgaben und im negativen Vortrag aus dem laufenden Haushaltsjahr. Diese Steigerungen im Sozialbereich hat der Landkreis nicht zu verantworten, wohl aber zu bezahlen. Empfänger sind die Einwohner/innen von Städten und Gemeinden, aber gerade hier gibt es den größten Widerstand im Bezug auf die Höhe der Kreisumlage. Es stellt sich also die Frage, welcher Kreisumlagehebesatz lässt die Gemeinden noch leben und wo wird die Handlungsfähigkeit des Kreises über Gebühr stark eingeschränkt. Natürlich wäre es den im Kreistag vertretenen Bürgermeistern am liebsten die Kreisumlage nur in einem sehr geringen Umfang zu erhöhen, um die Finanzsituation der eigenen Kommune zu verbessern. Da viele Kreisrätinnen und Kreisräte auch in kommunalen Gremien wie Gemeinde- oder Ortschaftsräten vertreten sind, schlägt bei denen auch mehr als ein Herz in der Brust.

Wir als Fraktion könnten einer Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 3,5 Prozentpunkte zustimmen, wobei es natürlich keinerlei Fraktionszwang gibt und jedes Kreistagsmitglied selbstverantwortlich entscheiden kann.

Am Ende meiner sicherlich nicht vollständigen Ausführungen, möchte ich mich auch im Namen der Fraktion von Bündnis 90/ die Grünen noch einmal recht herzlich bei allen die bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes mitgewirkt haben bedanken, insbesondere bei der Kämmerei. Für das abgelaufene Haushaltsjahr bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit bei Landrat Pauli und der Geschäftsstelle Kreistag, sowie natürlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes.

-8-

Dieser Dank ist gleichzeitig verbunden mit den Wünschen für eine besinnliche und vor allem friedfertige Weihnachtszeit und das gilt natürlich für alle Anwesenden hier im Sitzungssaal und letztendlich all den Bürgerinnen und Bürgern, die im abgelaufenen Jahr unseren Landkreis mitgestaltet haben.

Vielen Dank

Für den Inhalt Konrad Wiget (Fraktionssprecher)